

Nicht wieder Schweigen

Eine Bitte an unsere Kirchen in Zeiten von Kriegen

Wir sehen uns genötigt zu einer öffentlichen Stellungnahme angesichts des beredten Schweigens in der politischen und kirchlichen Öffentlichkeit zu dem Krieg gegen den Iran mit seinen schwer absehbaren Folgen weit über die Region hinaus.

Der massive, koordinierte Angriff Israels und der USA auf die Islamische Republik Iran ignoriert ungestraft die Regeln der internationalen Ordnung. Er ersetzt die Stärke des Rechts und des diplomatischen Ausgleichs der Interessen durch das Recht des Stärkeren und Überlegenen. Der Angriff ist bei eindrucksvollen Demonstrationen von Exil-Iranern begrüßt worden. Aber er kann weder als eine „humanitäre Intervention“ zur Unterstützung der wiederholt vom iranischen Regime brutal unterdrückten Opposition noch als Präventivkrieg, bzw. als Akt der Selbstverteidigung gegen ein aggressives Regime legitimiert werden.

Die wenig realistische Vorstellung, durch massive Angriffe aus der Luft einen Regimewechsel herbeiführen zu können, missachtet die Gefahren einer Eskalation der Gewalt durch gezielte Gegenwehr mit Vergeltungsschlägen des Irans. Dass nun diese Gegenwehr mit ihren Konsequenzen weit über die Region hinaus vom UN-Sicherheitsrat verurteilt wird, ohne den vorausgehenden Angriff der USA und Israel ebenfalls zu verurteilen, macht die selektive, von Interessen geleitete Berufung auf die Ordnung des Völkerrechts erkennbar.

Uns beunruhigt besonders, dass sich im Schatten dieses Krieges, die Lage in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten weiter verschlechtert. Dort leiden die Bewohner unter der zunehmenden Gewalt durch israelische Siedler, die, unter dem Schutz israelischer Soldaten, weiterhin palästinensische Siedlungen beschlagnahmen, ihre Häuser zerstören und ihre Bewegungsfreiheit einschränken. Rechte von Christen und Muslimen zum Besuch der heiligen Stätten in Jerusalem werden verletzt.

Nach dem entsetzlichen Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 hat die israelische Regierung rechtliche und administrative Maßnahmen ergriffen, um die Ausweitung der israelischen Souveränität über das Westjordanland zu beschleunigen, mit dem offen erklärten Ziel, eine Zwei-Staaten-Lösung zu verhindern und unmöglich zu machen.

Auf diese Zusammenhänge weist der Ökumenische Rat der Kirchen mit einer Kampagne hin. Es ist ihr Ziel, über die Mitgliedskirchen die Regierungen der jeweiligen Staaten aufzufordern, Israel für die anhaltenden Verstöße gegen das

Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen. Viel zu lange schon sind diese Verstöße und die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten ohne ernsthafte rechtliche Konsequenzen geblieben. Es geht nicht zuletzt um ein Ende der Straflosigkeit radikaler Siedler, die im Westjordanland schwere Angriffe auf Palästinenserinnen und Palästinenser und deren Besitz verüben.

Die Kampagne beruft sich auf die bahnbrechenden Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes aus dem Jahr 2024. Sie nimmt außerdem den Aufruf des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen vom Juni 2025 zur „Beendigung von Apartheid, Besatzung und Straflosigkeit“ auf.

Mit Worten dieses Aufrufs erklären wir: „Wir erkennen einen klaren Unterschied zwischen dem jüdischen Volk, unseren Glaubensbrüdern und -schwestern und den Handlungen der israelischen Regierung“. Mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen stellen wir uns entschieden gegen jede Form von Rassismus, einschließlich Antisemitismus, anti-arabischem Rassismus und Islamfeindlichkeit. Aber angesichts des unerträglichen Leides, das den Menschen in Gaza zugefügt wird, und der eskalierenden Gewalt und Unterdrückung im Westjordanland und in Jerusalem rufen wir unsere Kirchen auf, sich klar, eindringlich und entschlossen für die Grundsätze der Gerechtigkeit im Einklang mit internationalem Recht und internationaler Ethik auszusprechen. Der ungeheuerlichen Schuld, die Christinnen und Christen und ihre Kirchenleitungen durch ihr Schweigen zur Vernichtung der Juden durch den Nationalsozialismus auf sich genommen haben, darf kein weiteres Schweigen folgen.

Almuth Berger, Joachim Garstecki, Heiko Lietz, Ruth Misselwitz, Hans Misselwitz, Elisabeth Raiser, Konrad Raiser, Gudrun Rein, Gerhard Rein, Andreas Zumach

Berlin, Magdeburg, Schwerin, am 15.März 2026